

# VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

NR. 51

1. MAI 1981

Einzelpreis 40 Pfg.

Millionen Kollegen zeigen Entschlossenheit

## METALLER KÄMPFEN FÜR ALLE!

### Gewerkschaftsspitze darf nicht nachgeben

Die Kollegen in der Metallindustrie sind zum Kampf bereit. Es geht um die Verteidigung des Lebensstandards. In den letzten Wochen haben Millionen Arbeiter und Angestellte bundesweit an Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen teilgenommen. Auch viele unorganisierte Kollegen haben mitgemacht.

Bei all den Warnstreiks stand die offizielle 8-Prozent-Forderung der IG Metall im Vordergrund. 8% wären auch mindestens nötig, um ein weiteres Absinken des Reallohns zu verhindern. Zwar kriegen wir oft gesagt, daß schon ein Lohnabschluß in Höhe der Inflationsrate (die liegt zur Zeit zwischen fünf und sechs Prozent) unseren Lebensstandard halten könnte.

Dagegen müssen folgende Tatsachen gehalten werden:

- \*Der Lebensstandard ist schon in den letzten Jahren zurückgegangen. Jeder mußte sich irgendwo einschränken: beim Auto, beim Urlaub, bei der Kleidung, bei Lebensmitteln.
- \*Die offizielle statistische Preissteigerungsrate ist für Arbeiterfamilien eher untertrieben. Nach amerikanischen Berechnungen beläuft sich die Inflation bei uns schon auf 12%.
- \*Die Beiträge für Kranken- und Rentenversicherung steigen. Die Benzinpreise sind in zwei Jahren um 50% gestiegen.
- \*Erhöht wird ja ohnehin nur der tarifliche Ecklohn, der nur ein Teil des gesamten Effektivlohns ausmacht. Viele Firmen sind in den letzten Jahren darangehen, die übertariflichen Zulagen abzubauen.
- \*Viele Kollegen sind in den letzten Jahren Opfer der Steuer-

progression geworden. Sie sind durch die Bruttohöherhöhungen in eine höhere Steuergruppe gerutscht.

\*Die meisten von denen, die vorübergehend arbeitslos waren, haben wieder eine Stelle gefunden - allerdings oft für weniger Lohn.

Wenn - bei all diesen Tatsachen - nicht volle acht Prozent durchgesetzt werden, dann sinkt der Lebensstandard noch weiter. Unter der IG Metall-Parole der "neuen Beweglichkeit" haben im Februar und März viele Metaller zum ersten Mal überhaupt an einem Warnstreik teilgenommen. In zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben sind dadurch Kampf- und Selbstvertrauen der Kollegen stark angewachsen.

Ein so großes Interesse, eine so große Anteilnahme an der Tarifrunde hat es schon seit Jahren nicht mehr gegeben.

Aber die Taktik von Warnstreiks droht zu verpuffen, wenn sie wochenlang ausgedehnt wird und zu keinem handfesten Ergebnis führt. Deshalb haben immer mehr Kollegen vom IG Metall-Vorstand gefordert: Nicht mehr verzetteln und Dampf ablassen. Entweder kämpfen alle - oder keiner. Urabstimmung und Einleitung von Kampfmaßnahmen.

Die Aufrufe und Reden der Gewerkschaftsführung waren in sehr kämpferischen Ton gehalten. Die Mitglieder erwarten jedoch entsprechende Taten. Sonst wird die Enttäuschung hinterher groß.

Schon beim Stahlstreik für die 35-Stunden-Woche oder beim Metallstreik 1978 lagen am Ende die tatsächlichen Ergebnisse weit unter dem, was die aktiven Kol-

legen für nötig und möglich gehalten hatten.

Wenn die Kampfkraft der Kollegen richtig eingesetzt wird, dann ist ein Durchbruch möglich. Ein erfolgreicher Abschluß der Tarifrunde in der Metallindustrie wäre auch für die Kollegen anderer Bereiche ein Signal. Zur Verteidigung des Lebensstandards halten wir die folgenden Forderungen für notwendig:

\*Eine gleitende Lohnskala, d.h. daß bei fortlaufenden Preisstei-

gerungen die Löhne in bestimmten Zeitabständen automatisch in gleichem Ausmaß steigen. Dies muß unabhängig von der Laufzeit eines Tarifvertrags sein. Die offizielle Inflationsrate muß unter gewerkschaftlicher Kontrolle ermittelt werden.

\*Erhöhungen um Festgeld- oder Sockelbeträge, statt prozentualer Tarifabschlüsse, um die Unterschiede zwischen den Lohngruppen nicht noch weiter zu vergrößern und um die zu-

nehmende Benachteiligung der unteren Lohngruppen abzubauen.

\*Abschaffung der Leichtlohngruppen, damit vor allem Frauen nicht mehr doppelte Arbeit für halben Lohn leisten müssen. Stattdessen einen garantierten Mindestlohn von 1.400,- DM netto für alle.

von Hans-Gerd Öfinger



### DAS GESCHÄFT MIT DER WOHNUNGSNOT

## ROSA ZEITEN FÜR MAKLER

Ein eigenes Häuschen im Grünen? Wer in der Lage ist, eine halbe Million aufzubringen, kann dies verwirklichen. Für einen Normalverdiener bleibt es meistens ein Traum. Entschließt er sich dennoch zum Bauen, bedeutet das für ihn jahrzehntelange starke Einschränkungen in allen anderen Bereichen. Durch die derzeit hohen Zinssätze bei gestiegenen Baukosten und horrenden Grundstückspreisen liegt die Höhe der monatlichen Belastung oft an der Grenze des Tragbaren. Selbst wenn er auf Urlaub und sonstigen "Luxus" verzichtet, darf er unter keinen Umständen krank oder arbeitslos werden. Trotzdem ist der Wunsch nach einem Haus mit Garten nach wie vor groß. Wer jahrelang mit seiner Familie in einer Etagenwohnung in beengten Verhältnissen gewohnt hat, ist dennoch bereit, all

diese Belastungen und Entbehrungen auf sich zu nehmen. Dadurch und angesichts einer immer schärfer werdenden Wohnungsnot sind die Aussichten für Makler und Spekulanten rosig. Die Käufer reißen sich förmlich um die wenigen zur Verfügung stehenden Objekte, und die Nachfrage regelt schließlich den Preis und der wiederum die Maklergebühr. Zudem sichern ihnen die bestehenden Gesetze einen großen Handlungsspielraum zu und selbst wenn sie die Grenzen der Legalität überschreiten, ist es äußerst schwierig, ihnen etwas nachzuweisen.

Da wird zum Beispiel ein Grundstück in der Zeitung zum Kauf angeboten. Der Makler macht einen Termin mit dem Interessenten und zeigt ihm das Objekt. Dann versucht er so schnell wie möglich einen Vertrag

zu machen, mit der Begründung, er habe noch andere mögliche Käufer für das Grundstück. Meistens kommt er zu seinem Ziel, und der Kunde unterschreibt den Vertrag, der ihm zwar das Recht zusichert, vom Kauf zurückzutreten -- aber nur gegen Zahlung eines Prozentsatzes der Kaufsumme. Dieser Betrag "deckt die Bearbeitungsgebühr und die Auslagen des Maklers".

Forts. auf S. 3



## FAST WIE IM MITTELALTER

# ARMUT UND KNOCHENARBEIT

## LANDARBEITER IN SÜDSPANIEN

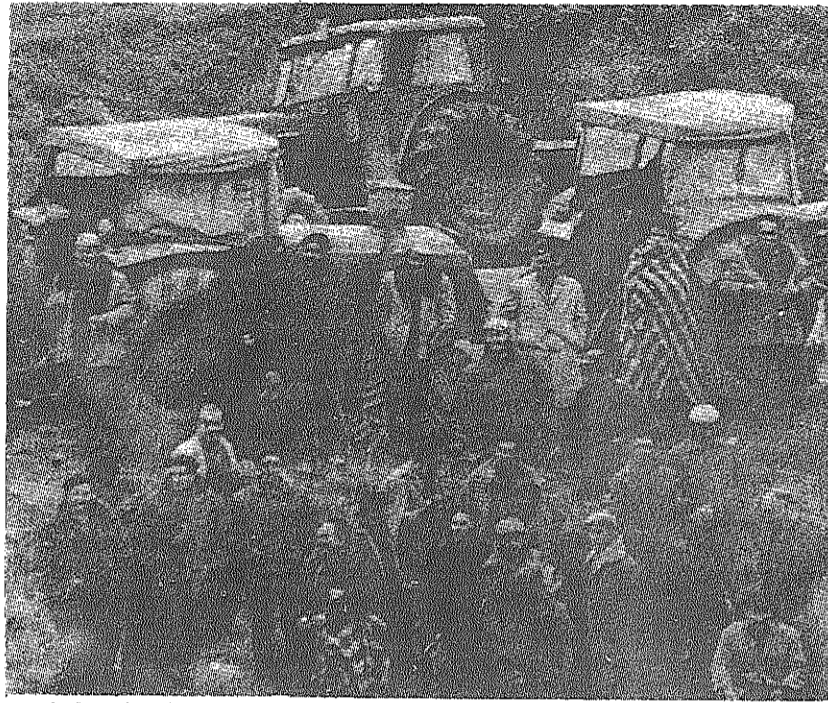
VORAN-Redakteur H.G.Öfing sprach mit einem jungen Landarbeiter, dem Genossen Diego Munoz Garcia aus Rociana del Condado (Provinz Huelva). In diesem Dorf sind 98% der Bevölkerung vom Weinanbau für die zentralen Sherry-Abfüllbetriebe in Jerez de la Frontera abhängig. Hier der Bericht:

"Die große Mehrheit der Bevölkerung sind natürlich wir besitzlosen Landarbeiter, denn es gibt nur wenige Großgrundbesitzer, die vom Wein leben, ohne zu arbeiten.

Als Landarbeiter hat man aber nur ein paar Monate im Jahr was zu tun.

Wir haben keine festen Arbeitsverträge; die Herren stellen Leute ein und entlassen, gerade, wie es ihnen paßt. Zur Erntezeit kommen Leute aus ganz Spanien angereist und suchen Arbeit. Sie hausen dann in Hütten, Ställen und Weinkellern und müssen oftmals wieder umkehren, ohne daß sie auch nur einen Tag gearbeitet hätten.

Ein Arbeitstag beginnt damit, daß sich alle morgens um 6 Uhr auf dem Marktplatz aufstellen. Die Landbesitzer suchen sich die Leute aus, die sie für besonders stark und fit halten. Das ist wie beim Rindermarkt. Das muß man gesehen haben. Wer Glück hat, kann mehrere Tage arbeiten. Sonst muß man sich halt jeden



Andalusischer Landarbeiterstreik 1977

Morgen neu Arbeit suchen. Die Leute, die von auswärts kommen, will man natürlich dazu gebrauchen, um unsere Löhne zu drücken. Denn oft speist man sie mit Brot, Wurst, Wein und einem Schlafplatz ab.

Wer es wagt, den Mund aufzumachen, der wird gefeuert. So ist es auch mir gegangen. Aber sonst hat man ja auch nur für höchstens 3 Monate im Jahr Arbeit. Die älteren Leute halten den Mund und meinen nur, daß es arm und reich schon immer gege-

ben hat. Die Jüngeren sind bewußter, aber wehren tut sich bisher nur eine Minderheit. Die meisten sind apathisch und konsumieren Drogen. Ich selbst habe früher viel Haschisch und Marihuana geraucht, bis ich gemerkt habe, daß dieser Stoff eine Waffe der herrschenden Klasse ist, um uns vom Kämpfen abzulenken.

Der Verdienst bei der Ernte richtet sich nach der Menge der gepflückten Trauben. Für jedes Kilo zahlt man uns eine Pesete. Also mußt Du eine Tonne schnei-

den und zum Sammelbehälter tragen, um auf den Tagesverdienst von 1000 Peseten (entspricht 25 DM) zu kommen. Alles geht in großer Hetze vor sich, man muß sich bücken und schneidet sich in der Eile auch öfter mal in die Finger.

Den Korb mit den Trauben trägt man auf dem Kopf. Das sind 50 Kilogramm, die auf Kopf und Genick drücken und Schmerzen verursachen. Oft muß man den Korb 300 bis 400 Meter weit durch Sand, Dreck und Staub schleppen. Dabei strömt einem der Traubensaft den Kopf runter, daß man aussieht wie ein Gespenst.

Man darf auch nicht vergessen, daß in Andalusien die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 24% liegt!

In unserem Dorf stellt die Zentrumsunion (UCD) 7, die Sozialisten (PSOE) 6 Ratsmitglieder. Viele Arbeiter haben UCD gewählt, weil der PSOE-Spitzenkandidat als Besitzer einer Kfz-Werkstatt mit Taxi-Unternehmen selbst zu den Dorf-Obersten gehört und ihr Vertrauen nicht gewinnen konnte. Der UCD-Führer war als Arbeitersohn aus dem Dorf schon früher populär. Doch heute ist er die Marionette eines Bonzen und Großgrundbesitzers, der früher Franco-Anhänger war und jetzt in der UCD mitmischte. Er ist zur UCD gegangen, um Lehrer wer-

den zu können. Er wurde Bürgermeister und konnte sich so die Anstellung als örtlicher Schulleiter sichern. Gleichzeitig ist er noch Vorsitzender der örtlichen Bäckerei-Kooperative. So hat er drei Gehälter, während das Dorf hungert.

Ende 1980 hat sich herausgestellt, daß der Gemeindehaushalt einen Überschuß von 600.000 Peseten aufwies. Wir erfuhren, daß man dieses Geld einfach unter die Angestellten der Gemeinde aufgeteilt hatte.

Darauf reagierten wir unter einigen Genossen mit einem Flugblatt. Wir forderten, mit dem Geld sollten Straßen und öffentliche Einrichtungen gebaut werden. 500 Exemplare ließen wir drucken, wir baten jeden um eine kleine Spende von 5 Peseten. Die Reaktion der Bevölkerung war großartig. Fast das ganze Dorf war gegen den Bürgermeister aufgebracht. Die Leute gingen zu ihm hin und wollten noch genauer wissen, was nun Sache sei.

Als Konsequenz dieser Aktion ist ein Genosse aus der Bäckerei-Kooperative rausgeflogen. Ich selber war 11 Tage vor der Flugblattverteilung im Rahmen der örtlichen Arbeitsbeschaffung mit Unkrautjäten beschäftigt, dann war es auch für mich aus. Von diesen 11 Tagen sind mir bisher erst 5 Tage ausbezahlt worden. Ich muß jetzt weiter ohne Einkommen bei meinen Eltern wohnen.

Wir werden weiterkämpfen. Jetzt geht es darum, daß die Sozialistische Partei und die Gewerkschaft UGT zu echten kämpferischen Arbeiterorganisationen werden. Eine sozialistische Gesellschaft - das ist unsere Antwort auf Not und Elend in Andalusien!"

### KONFLIKTE BEI DEN REMSCHEIDER JUSOS

# Unpolitische Angriffe gegen VORAN

VORAN-Lesern wird bekannt sein, daß wir als aktive Mitglieder der SPD konsequente politische - Ansichten vertreten, die bei manchen "Obersten" in Partei und Jusos auf wenig Gegenliebe stoßen.

In Remscheid hat diese Auseinandersetzung konkrete Formen bei der Neuwahl des Juso-Vorstandes am 28.3.81 angenommen. Dabei kandidierten fünf aktive VORAN-Anhänger für den Juso-Unterbezirksvorstand. Bei den Mitgliederversammlungen und Juso-Aktivitäten der letzten Monate (Bundestagswahlkampf, Flugblätter zu Betriebsstillegungen, Brokdorf-Fahrt, Neumitgliederseminare) waren die meisten Initiativen und Impulse von uns ausgegangen. Anträge (wie z.B. zu Brokdorf, zur Kritik an der Sparpolitik von Bundes- und Landesregierung, zur Tarifrunde), die klare politische Aussagen enthielten, wurden ebenfalls ohne großen Widerstand verabschiedet.

Dabei hatte die Vorstandsmehrheit um den bisherigen Vorsitzenden, den Genossen Faß nie etwas grundsätzliches an unserer Politik und all den Aktivitäten zu kritisieren gehabt. Auf einem Seminar wurden sogar die politischen Positionen verschiedener Juso-Strömungen miteinander verglichen, ohne daß jemand auch nur die leiseste inhaltliche Kritik an den VORAN-Positionen geübt, geschweige denn diese grundlegend abgelehnt hätte.

Dann aber begann wenige Wochen vor der Jahreshauptversammlung die Hetzkampagne gegen VORAN. Dabei wurde jedoch mit keinem Wort versucht, sich mit uns politisch auseinanderzusetzen. - Wir hatten zur Vorstandswahl schon rechtzeitig vorher eine Plattform mit politischen Arbeitsschwerpunkten vorgelegt, verteilt und zur Diskussion gestellt.

Das Arbeitskonzept der "VORAN-Gegner" wurde erst auf der Versammlung selbst verteilt und konnte so kaum richtig durchgelesen werden. Es enthielt keinen einzigen politischen Punkt. Die hauptsächlich vom bisherigen Vorsitzenden Faß vorgetragenen Angriffe waren von unpolitischen Unwahrheiten und persönlichem Klatsch geprägt. Die Vorwürfe gegen uns waren ebenso widersprüchlich wie willkürlich.

Auf der einen Seite wurde von "Überaktivitäten" gesprochen, die angeblich Mitglieder abschrecken (Davon, daß die Politik der Bundesregierung auch in Remscheid zu Protest-Austritten geführt hat, war natürlich nicht die Rede).

Andererseits hieß es, VORAN lähme die Juso-Arbeit und wir würden uns um praktische Arbeit drücken! Also nach dem Motto: Etwas wird schon hängen bleiben!

Man kann manchen "Nicht-VORAN"-Genossen sicherlich nicht die besagte "Überaktivität" vorwerfen. Aber wenn der

bisherige Vorsitzende in seinem persönlichen Zusatz zum Rechenschaftsbericht meint, er habe mit vollem Einsatz gearbeitet, dann müssen wir dies doch geringfügig korrigieren:

- Aktive Solidarität mit dem vom Ausschluß aus der IG Metall bedrohten Herbert Knapp ist von der Vorstandsmehrheit, trotz Beschluß der Mitgliederversammlung, verweigert worden, eine Solidaritätsversammlung mit vier Betriebsratskollegen von der Mannesmann-Hütte ist boykottiert worden. Ohne den "Über-eifer" der VORAN-Genossen wäre gar nichts zustande gekommen.

- Die Organisation und Durchführung einer Demonstration gegen türkische Faschisten ist seitens der Jusos hauptsächlich von uns getragen worden.

- Im Wahlkampf waren die (ach so gräßlichen) VORANler auch noch in der Juso-Wahlkampfkommission aktiv und setzten sich für die Wahl der SPD ein. Die Organisierung und Durchführung einer sehr erfolgreichen Juso-Großveranstaltung mit Günter Wallraff lag hauptsächlich bei uns. Mit über 600 Anwesenden war diese Veranstaltung auch die größte innerhalb des gesamten Remscheider SPD-Wahlkampfes gewesen. Der mit "vollem Einsatz arbeitende" Juso-Vorsitzende war währenddessen in Urlaub.

Außerdem wurde den VORAN-

Genossen "Absolutheitsansprüche" und "undemokratische Vorgehensweise" vorgeworfen. (Mit genau den gleichen Worten gehen übrigens die Rechten in der SPD auch gegen Klose, Hansen, Eppler und andere vor.)

### Basisdemokratie ohne Mitgliederversammlungen?

Aber was stellt sich denn die "alternative" Anti-VORAN-Liste unter Basisdemokratie vor? In ihrem Arbeitskonzept war die Absicht enthalten, für sieben Monate die Mitgliederversammlungen auf Unterbezirksebene ausfallen zu lassen, und stattdessen nur noch lockere Stammtischrunden auf Stadtteilebene durchzuführen. "Bindeglied" sollte der Unterbezirksvorstand sein, der allmächtig alle Entscheidungen selbst fällt. Die Basis hätte somit keine Kontrollmöglichkeiten über den Vorstand.

Natürlich sind wir nicht gegen Stammtische, Zeltlager und sonstige geselligen Zusammenkünfte. Solche Aktivitäten können eine wichtige Ergänzung zur politischen Arbeit sein, aber niemals ein Ersatz dafür. Unter dem Mantel der Menschlichkeit sollte so offensichtlich das Politische an der Juso-Arbeit abgebaut werden - denn bei politischen Versammlungen besteht ja immer die "Gefahr", daß sich die Ideen von VORAN durchsetzen.

Schließlich lehnte aber eine

Mehrheit der Versammlung diesen wichtigen Punkt - nämlich eine 7-monatige Aussetzung von Mitgliederversammlungen - ab.

Die bisherige Vorstandsmehrheit konnte mit ihren Angriffen unter die Gürtellinie es noch einmal schaffen, die unbequemen und aktiven VORAN-Genossen aus dem Vorstand herauszuhalten. In einigen Wahlgängen gab es jedoch sehr knappe Ergebnisse. Im Stil amerikanischer Präsidenten war an die "schweigende Mehrheit" appelliert worden. Während normalerweise nur 15-30 aktive Genossen zu Mitgliederversammlungen kommen und die gesamte Arbeit machen, erschienen zur Jahreshauptversammlung fast 60 Stimmberechtigte!

### Geduldig weiterarbeiten

Aber schon diesmal haben viele aktive Mitglieder bewußt die VORAN-Kandidaten gewählt, ohne sich durch die ganze Schmutzkampagne beeinflussen zu lassen. Und manche der "schweigenden Mehrheit", die uns nicht gewählt haben, bedauerten im Nachhinein, daß es so gekommen ist. Jedenfalls werden wir weiter aktiv sein, höchstwahrscheinlich sogar wieder "überaktiv".

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern weiterhin solidarisch in der Partei und bei den Jusos mitarbeiten. Wir werden uns nicht unterkriegen lassen. Wir werden weiterhin geduldig unsere Positionen erklären und vertreten

Iris Cirkel

# WAS WILL VORAN?

VORAN hat das Ziel, das Programm des Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Das kapitalistische System kann uns in den 80er Jahren nur noch Krisen und Stagnation, Arbeitslosigkeit und Angriffe auf den Lebensstandard bringen.

## Gemeineigentum

Wir sind uns im klaren darüber, daß der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn die Großbetriebe, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt, also verstaatlicht sind und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Ohne die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne wird es nicht möglich sein, die Produktion sinnvoll zu planen, und ohne die demokratische Beteiligung der Arbeiterbewegung wie der Mehrheit der Bevölkerung würde eine Planwirtschaft zu groben Verzerrungen führen, wie wir sie aus Osteuropa kennen.

## Demokratische Kontrolle

Die Aufsichts- und Verwaltungsräte der einzelnen verstaatlichten Firmen sollten deshalb folgendermaßen zusammengesetzt sein:

\*ein Drittel Vertreter der Belegschaft, damit deren praktische

Erfahrung zum Zug kommt und ihre Interessen gewahrt werden;

\*ein Drittel Vertreter der Gewerkschaften, damit die Arbeiter anderer Betriebe ebenfalls Gehör finden;

\*ein Drittel Vertreter des Staates (Pegierung), um die Interessen einer breiten Öffentlichkeit zu berücksichtigen, und weil der Staat in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung die ganze Rahmenplanung koordinieren muß.

## Bürokratie verhindern

Viele Arbeiter werden sich aber fragen, wie man verhindern kann, daß sich im Namen des "Sozialismus" eine schmarotzerische Bürokratie herausbildet, die sich Privilegien aneignet und die Atmosphäre der freien Kritik und Arbeiterdemokratie ersickt. Deshalb fordern wir:

\*Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre

\*Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen

\*Uneingeschränkte Meinungs- und Aktionsfreiheit für alle Gruppen und Parteien, die das Staatseigentum an Produktionsmitteln nicht gewaltsam stürzen wollen.

## Arbeitszeitverkürzung

In einer gut funktionierenden Planwirtschaft könnte die kapitalistische Verschwendung sehr schnell ausgeschaltet und durch

schaft und Gesellschaft aktiv mitzuwirken.

## Führung

Der Sozialismus kann nur dann erreicht werden, wenn die die



Die Kämpfe gegen Entlassungen und Betriebsschließungen werden in den nächsten Jahren heftiger.

den gezielten Einsatz modernster Technologien die Arbeitszeit erheblich herabgesetzt werden. Dadurch hätten wir alle mehr Freizeit, mehr Zeit für Familie, Hobbies und Weiterbildung. Dadurch kann auch gewährleistet werden, daß jeder einzelne noch genug Zeit und Kraft aufbringen kann, um an der Kontrolle, Planung und Verwaltung in Wirt-

Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft; nicht aber nur durch eine Minderheit, die sich annaßt, die Arbeiterklasse zu vertreten. Andererseits ist die sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit. Sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgegangen ist, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt und koordiniert.

Die SPD ist die traditionelle Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung. Wir Sozialisten müssen eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Parteiführung aufzeigen, mit dem Ziel, die Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen.

## Kapital und Demokratie

Die wirkliche Macht in dieser kapitalistischen Gesellschaft liegt nicht bei der Regierung. Sie ist konzentriert in den Chefetagen der Banken und Großkonzerne, die unsere Wirtschaft beherrschen. Die Kapitaleigner dulden demokratische Rechte nur so lange, wie diese Rechte nicht von der Arbeiterbewegung genutzt werden, um die Macht- und Besitzverhältnisse grundlegend zu ändern. Wir kämpfen für eine absolute SPD-Mehrheit und fordern eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms. Aber wenn eine solche Regierung ihr Programm dann auch parlamentarisch durchsetzen will, so wird dies nur möglich sein, wenn sie gleichzeitig die organisierte Arbeiterbewegung mobilisiert, wenn die Arbeiter geschlossen dieses Programm unterstützen und ausführen, indem sie koordiniert die Betriebe in die Hand nehmen und den Unternehmern Eigentum und Macht entreißen.

Die Arbeiterbewegung muß entschlossen handeln und die traditionellen Werkzeuge des Kapitals, Armee und Polizei, dadurch für das Kapital unbrauchbar machen, daß sie die einzelnen Soldaten und Polizisten auf ihre Seite zieht. Nur so kann eine blutige Entwicklung wie in Chile verhindert werden.

## Perspektiven

Jeder Sozialist muß seinen Kampf auf klare Perspektiven gründen. Wir befassen uns mit der Geschichte unserer Bewegung, weil wir aus Erfolgen und aus Niederlagen lernen wollen. Wir untersuchen die Vorgänge in Wirtschaft und Gesellschaft im eigenen Land wie auch international, um Perspektiven aufstellen zu können, d.h. allgemeine Vorstellungen über die Entwicklungen in der Zukunft. Ohne Perspektiven ist eine Politik, die eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft anstrebt, zwangsläufig kurzfristig, unzureichend und unvollständig - letzten Endes unmöglich.

Angesichts zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Krisen des kapitalistischen Systems werden sich in den kommenden Jahren Hunderttausende zum Kämpfen gezwungen sehen: für die Verteidigung des Reallohns, gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen, gegen staatliche Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich, gegen Wohnungsnot und Wohnraumvernichtung. Im Vergleich zu dem, was uns bevorsteht, waren die Auseinandersetzungen der letzten Jahre erst ein bescheidener Anfang.

## Aufgaben der Marxisten

Im Verlauf dieser Kämpfe werden viele Kollegen wacherüttelt werden. Sie werden die Notwendigkeit grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen erkennen. Sie werden aus den Gewerkschaften wieder echte Kampforganisationen machen wollen. Viele von ihnen werden in der SPD eine politische Alternative suchen. Dabei haben die Sozialisten und Marxisten eine besondere Verantwortung. Sie müssen schon heute unter den aktivsten und bewußtesten Kollegen und Jugendlichen die Ideen des Sozialismus verankern. Wir müssen an all den kleinen und größeren Tageskämpfen mitwirken und dabei gleichzeitig auf praktische und anschauliche Weise die Begrenztheit der heute vorherrschenden reformistischen Politik von SPD- und Gewerkschaftsführung aufzeigen. Wir müssen der Arbeiterbewegung bei der Suche nach einer sozialistischen Alternative helfen und daran mitwirken, daß sich aus den Reihen der Arbeiterbewegung heraus eine echte sozialistische Führung bildet, die fähig ist, eine breite Mehrheit für ihre Politik zu gewinnen und das Programm des Sozialismus in die Tat umzusetzen.

Redaktion VORAN



IMPRESSUM: VORAN  
Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.  
Redaktionsanschrift: VORAN  
Hammesberger Str. 75,  
5630 REMSCHEID  
Verantwortlicher Redakteur:  
Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Gegendruck, Essen

# ROSA ZEITEN FÜR MAKLER

Forts. von S. 1

Auffällig ist jedoch, daß ein und dasselbe Grundstück oft monatelang immer wieder inseriert wird. Es kommt nie zu einem Verkauf, aber das ist auch nicht Sinn der Sache. Allein die Rücktrittsgebühr von ca. 500.- bis 3.000.- DM (je nach Wert des Grundstücks) ergibt, sofern man sie mehrmals einnehmen kann, eine beträchtliche Summe. Die Gründe, warum die Käufer abspringen, sind dem Makler natürlich von vornherein klar: ihm ist ja längst bekannt, daß das Grundstück beispielsweise im Einzugsgebiet des geplanten Industriegebietes liegt, oder aber daß die Gemeinde ein Vorkaufsrecht auf einen Teil des Grundstücks hat.

Ein weiterer Trick, der beim Geschäft mit alten Häusern angewandt wird, ist, sie durch ein bißchen "Kosmetik" auf "schön" zu trimmen und als gut erhalten anzubieten. Der Kunde erfährt nicht, daß eine Arbeitskolonne, die mit dem Maklerbüro zusammenarbeitet, die vorhandenen Mängel im Schnellverfahren mit ein bißchen Farbe und billigsten Teppichböden vertuscht hat. Merkt er rechtzeitig, was wirklich mit dem Haus los ist und es kommt zu einer Lösung des Vertrages, haben wir ja bereits erfahren, daß auch in diesem Falle der Makler zuletzt lacht. Kommt es zum Verkauf, kann dem Makler niemand nachweisen, daß er wissentlich ein baufälliges Haus angeboten hat. Schließlich muß

er nicht unbedingt ein Bausachverständiger sein, und außerdem hat er das Haus renovieren lassen. . .

Auch alte Mietshäuser sind eine gute Einnahmequelle, wenn man die einzelnen Wohnungen in Eigentumswohnungen umwandelt. Den bisherigen Bewohnern bleibt nur die Wahl, auszuziehen oder die Wohnung selber zu kaufen. Gerade ältere Leute, die sich schlecht an eine neue Umgebung gewöhnen, tragen lieber eine hohe Belastung, damit sie in ihren Wohnungen bleiben können. Kauft man die Wohnung nicht, kann man selbstverständlich noch eine gewisse Zeit dort wohnen bleiben. Andererseits: wenn man weiß, daß der Mietvertrag begrenzt ist, motiviert das nicht gerade, die Wohnung noch zu renovieren. Somit verringert sich die Wohnqualität, man gibt nach und zieht aus.

Aber auch die Käufer einer solchen Eigentumswohnung, die vorher nicht dort gewohnt haben, sind manchmal die Betrogenen. Nämlich dann, wenn es sich um eine Sozialwohnung handelt, auf der noch öffentliche Gelder lasten. In diesem Fall darf man auch als Eigentümer nur dann einziehen, wenn man einen Wohnberechtigungsschein für den sozialen Wohnungsbau vorweisen kann. Da die Bemessungsgrenze hierfür extrem niedrig liegt, kommen viele in die Lage, ihre Wohnung an andere Berechtigte weitervermieten zu müssen. Sie sind in zweifacher Hinsicht betroffen. Einmal durch den Makler, der sie über diese Tatsache nicht ausreichend aufgeklärt hat, ob-

wohl er darüber Bescheid wußte. Zum anderen durch die Gesetzgebung, die bestimmt, wer den Schein erhält und wer nicht.

Es ist einzusehen, daß jemand mit einem hohen Einkommen eine Sozialwohnung nicht beziehen darf. Doch eine Einzelperson mit mehr als 1.800.- DM brutto im Monat scheidet auch bereits aus, obwohl dieses Einkommen weit unter dem Durchschnitt liegt. Ein doppelverdienendes Ehepaar mit mehr als 2.600.- DM Monatseinkommen gehört ebenso nicht zum Kreis der Berechtigten. Den Käufern bleibt nichts anderes übrig, als die Wohnung weiterzuvermieten, wobei sie die monatliche Belastung plus ihre eigene Miete zu zahlen haben oder, falls sie das nicht wollen, die Wohnung zu beziehen und pro Quadratmeter eine Abgabe zu leisten. Auch hier ist es nahezu unmöglich, den Makler nachträglich zu belangen. Er hat sich, wenn überhaupt, mit einer vagen - natürlich mündlichen - Andeutung begnügt, auf die er sich hinterher beruft.

Man kann selbstverständlich nicht alle Makler über einen Kamm scheren. Es gibt auch noch seriöse. Trotzdem ist die Vermittlung von Immobilien in privater Hand fragwürdig. Sie ist mitverantwortlich für die überhöhten Baukosten und verhindert eine gerechte Verteilung. Aber gerade diese muß gewährleistet sein, um den gerechten Anspruch aller auf angemessenen Wohnraum zu sichern.

Von einer Genossin, die beruflich mit der "Branche" zu tun hat. . .

# VORAN



Pariser Arbeiterfrauen bei Lebensmittelzuteilung 1871

## 110. JAHRESTAG DER PARISER KOMMUNE:

# ARBEITER EROBERTEN DIE MACHT LEHREN AUS DER GESCHICHTE

Vor rund 110 Jahren hieß es wieder einmal "das Vaterland zu verteidigen". Deutsche und französische Fürsten, Unternehmer und sonstige Schmarotzer waren sich nicht mehr einig, wie die kleiner werdenden Reichtümer der Welt aufgeteilt werden sollten. Hieraus entwickelte sich der Deutsch-Französische Krieg von 1870-71. Das französische Heer wird schnell geschlagen, der

König gefangen genommen. In Paris bildet sich eine bürgerliche Regierung. Jedoch kann sie die dringendsten Bedürfnisse des Volkes nicht befriedigen. Nach mehreren Arbeiteraufständen flüchtet die Regierung und das Zentralkomitee der Nationalgarde übernimmt die Macht. Sie besteht aus Arbeitslosen, Arbeitern und Kleinbürgern. In freien und direkten Wahlen

entsteht der erste Staat der arbeitenden Menschen, die Pariser Kommune. Und so sieht sie aus:

### Arbeiterdemokratie

Die ganzen feinen Herren und Damen in Seide, Robe und Schlafrock, das ganze Kapitalistenpack samt Anhang waren geflohen. Der gesamte verkommene und korrupte Staatsapparat des Kapitalismus wird aufgelöst. Keine schleimigen, von Demokratiegesäusel strotzenden Reden zählten. Kein Funktionär hatte dicke Privilegien, schöne Villen und junge Mätressen, sondern den Lohn eines durchschnittlichen Arbeiters. Von diesen wurde er gewählt und wenn nötig auch wieder abgewählt. Somit ist jeder Machtmissbrauch ausgeschlossen, und es wird garantiert, daß nur der Wille der Arbeiter ausgeführt wird. Und damit das

so bliebe, stellten die Arbeiter selbst Milizen auf, die unter Aufsicht und Kontrolle von gewählten Vertretern standen. Das ist die Grundstruktur eines echten sozialistischen Staatswesens.

### Der Staat

Für uns Sozialisten zog Marx in seinem Buch über die Pariser Kommune, "Der Bürgerkrieg in Frankreich", aus diesem größten Ereignis seiner Zeit die Lehren. Viele Sozialisten glaubten und glauben immer noch, daß man den Kapitalismus Schritt für Schritt durch Parlament und Gesetze grundsätzlich verändern kann. Marx lernte aus dieser Erfahrung jedoch, daß die zur Macht gekommenen Arbeiter die alte Staatsmaschine zerbrechen und zerstören müssen. Statt dessen werden alle Funktionen in Polizei, Armee und Verwaltung wähl- und auch jederzeit wieder abwählbar und nur mit einem durchschnittlichen Arbeiterlohn bezahlt. Solange dies nicht der Fall ist, ist der Staat das Instrument einer herrschenden Klasse oder Clique zur Verteidigung ihrer Privilegien.

### Internationalismus

Aber auch aus den Fehlern der Kommunarden zog Marx Lehren. Durch die bürgerlichen Armeen Frankreichs und Deutschlands wurde die Kommune schließlich zerschlagen, und zehntausende Arbeiter wurden abgeschlachtet. Die bürgerliche Macht und die Arbeitermacht können nebeneinander nicht bestehen, eine der

### Was ist die Kommune?

Was ist die Kommune?  
Ein Volk, das nun das Sagen hat,  
eine neue Qualität von Staat,  
das ist die Kommune:  
Zum ersten Mal in dieser Zeit  
herrscht das Volk in Wirklichkeit.

Was ist die Kommune?  
Lehrer, Richter, Kommandant,  
vom Volk gewählt, vom Volk ernannt,  
das ist die Kommune:  
vom Volk auch wieder abgewählt,  
wer das Versprechen ihm nicht hält.

Was ist die Kommune?  
Den Arbeitern gehört die Fabrik  
und was sie herstellt, Stück für Stück,  
das ist die Kommune:  
Ihren Bewohnern, das rufen wir aus,  
gehört die Stadt, und jedes Haus.  
Das ist die Kommune.

Und daß im ganzen Sitzungssaal  
kein Advokat, kein General,  
kein Fabrikant, kein Journalist,  
kein Mitglied der herrschenden Klasse ist.  
An ihrer Stelle beraten hier  
ein Schneider, ein Bäcker, ein Grenadier,  
Buchbinder, Schuster und Koch.  
Sie kennen sich nicht und sie wissen doch,  
was sie wollen, und wofür, und für wen.

Auch das ist die Kommune.

(DIE SCHMETTERLINGE)

beiden Gewalten muß sich durchsetzen. Marx erklärt, daß die Arbeiter sofort die großen kapitalistischen Besitztümer und damit die Basis des Unternehmersystems in ihre eigene Hand nehmen müssen. Die Hilfe der Proletarier des restlichen Frankreichs und auch Deutschlands waren für das Überleben der Kommune lebensnotwendig gewesen; die Kommunarden hätten überall Boten hinschicken müssen um für Paris um Unterstützung zu bitten und Arbeiter zur Nachahmung des Beispiels aufzufordern. Weil dies nicht geschah, konnten sich die Kapitalisten dieser Länder zusammenschließen und die isolierte Arbeiterdemokratie zerstören.

### Keine Utopie

Die kleine Schar Pariser Arbeiter hat bewiesen, daß eine Arbeiterdemokratie keine Utopie ist. Auch wir können es schaffen. Heute gibt es Millionen Arbeiter mehr. Um unsere Sache steht es sehr gut.

Über die Pariser Kommune machte die österreichische Gruppe "Schmetterlinge" Text und Musik: Die Proletenpassion. Sie beschreiben, was die Kommune konkret bedeutet hat; das Recht des kleinen Mannes, sein Recht und sein Wohl zählten; die Frauen kämpften Seite an Seite mit den Männern, und die Grundzüge echter Gleichheit entwickelten sich.

Dieter Affeln  
Juso-Mitglied im Erftkreis

## Chronik der Ereignisse:

1870/71:

Deutsch-französischer Krieg

2. September 1870:

Napoleon III. kapituliert bei Sedan. Er und 200.000 Soldaten werden gefangengenommen. In Paris bildet sich die republikanische "Regierung der nationalen Verteidigung" unter Thiers und Favre.

4. September 1870:

Die Regierung bewaffnet die Pariser Bevölkerung, da die Preußen bereits auf Paris marschieren: Proletarier, Kleinbürger, Handwerker und Arbeitslose bilden die "Nationalgarde".

19. September 1870:

Belagerung von Paris beginnt. Am selben Tag bereits Geheimverhandlungen zwischen Favre und Bismarck. Empörung unter der Pariser Bevölkerung. Regierung wird ab nun "Regierung des nationalen Verrats" genannt.

25. Januar 1871:

Die "Regierung des nationalen Verrats" kapituliert und will die Nationalgarde entwaffnen lassen.

18. März 1871:

Versuch, die Nationalgarde zu entwaffnen. Nur 300 der 300.000 Nationalgardisten fügen sich. Thiers muß nach Versailles flüchten. Die Na-

tionalgarde proklamiert:

"Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlage und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschichte zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen."

19. März 1871:

Zentralkomitee der Nationalgarde setzt für den 28. März Wahlen zum Rat der Kommune an.

28. März 1871:

Seit diesem Tag sitzen zum erstenmal Bäcker, Schuster, Handwerker usw. in einer gesetzgebenden Körperschaft und erlassen täglich beispielgebende, bis heute noch nicht verwirklichte Gesetze.

Politische Maßnahmen:

- 1) Auflösung des Heeres, Einführung der Volksbewaffnung.
- 2) Auflösung der Polizei, Einführung von Ordnungsmilizen bewaffneter Arbeiter.
- 3) Aufhebung aller Repräsentationsgelder und Privilegien für Politiker. Bezahlung aller Beamten mit durchschnittlichem Arbeiterlohn.

- 4) Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der Politiker, Beamten, Richter und Lehrer.
- 5) Trennung von Kirche und Staat, kein Religionsunterricht in den Schulen.

Ökonomische Maßnahmen:

- 1) In den Werkstätten: Kontrolle der Arbeitstarife, Abschaffung der Geldstrafen für die Beschäftigten.
- 2) Alle von den Besitzern verlassenen Werkstätten und Fabriken werden den Arbeitern übergeben.
- 3) Alle Wohnungsmietsbeträge vom Oktober 1870 bis zum April 1871 werden erlassen.
- 4) Abschaffung der Nachtarbeit für Becker.
- 5) Abschaffung der Pfandhäuser, die "eine Privatexploitation" (= Ausbeutung) der Arbeiter seien; usw.

Ab April 1871:

Thiers verhandelt mit Bismarck wegen einer vorzeitigen Freilassung der 200.000 Kriegsgefangenen von Sedan. Bald darauf werden diese freigelassen.

Erste Malwoche

Thiers erobert mit Hilfe der Freigelassenen Paris. Die Arbeiter wehren sich heldenhaft, aber werden besieg. Ihre Opfer: 40.000 Tote, 30.000 Gefangene, 40.000 Deportierte.

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 51 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75